

# Sächsische Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

### Jahrgang 216 für Anhalt und Thüringen. Nummer 461

**Bezugspreis:** vom 8. d. M. 1919. 216 000 000 — Zahlungen nehmen sämtliche Postämter, Buchhändler und andere Nachrichten entgegen. — **Halle-Saale** (Hauptverlag: Schönlank) am D. S. D. 200 000. Die 8. Preisg. 84 mm breite Mittelzeile 40 Hl., kleine u. seitliche 20 Hl., Belegblätter 20 Hl., Rabatt nach Tarif. **Anzeigenpreis:** (Hauptverlag: Schönlank) am D. S. D. 200 000. Die 8. Preisg. 84 mm breite Mittelzeile 40 Hl., kleine u. seitliche 20 Hl., Belegblätter 20 Hl., Rabatt nach Tarif. **Geschäftsstelle Halle-Saale:** Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5409 und 5610. — **Direktion** Leipzig 219 512. **Halle-Saale** (Hauptverlag: Schönlank) am D. S. D. 200 000. Die 8. Preisg. 84 mm breite Mittelzeile 40 Hl., kleine u. seitliche 20 Hl., Belegblätter 20 Hl., Rabatt nach Tarif. **Anzeigenpreis:** (Hauptverlag: Schönlank) am D. S. D. 200 000. Die 8. Preisg. 84 mm breite Mittelzeile 40 Hl., kleine u. seitliche 20 Hl., Belegblätter 20 Hl., Rabatt nach Tarif. **Geschäftsstelle Berlin:** Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurierstr. 8309. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Uehle, Halle-Saale

# Ein faules Kompromiß über den Nachtstundentag

## Um die Mehrarbeit!

Ceterum censeo, Germaniam esse delendam!

### Rücktritt des Reichswirtschaftsministers von Kaumer

Reichswirtschaftsminister von Kaumer hat seine Resignation eingereicht. Als Grund für seinen Rücktritt ist die fälschliche Darstellung, die sich bereits in der gestrigen Sitzung des Reichswirtschaftsrates gegen die Umfassung der Reichswirtschaftsministerien durch den Reichswirtschaftsminister Dr. Kaumer zu verzeichnen war, das der Reichswirtschaftsminister Dr. Kaumer zurückzutreten gebietet.

### Die verschiedenen Reichstagsfraktionen

Reichstagspräsident Brüning teilte um 8 Uhr abends mit, daß die Sitzung des Reichstages für heute abgesetzt werden mußte und daß ein weiterer Termin noch nicht bestimmt werden konnte.

### Die Unkimmigkeiten in der großen Koalition

In der Fraktionsführung der Deutschen Volkspartei legte Kanzler Dr. Stresemann der Fraktion sein Programm dar. Diese stellte sich durchaus hinter seine Politik, ebenso das Zentrum, das eine Erweiterung des Kabinetts nach rechts nicht ablehnte, aber auch an der Mitarbeit der sozialdemokratischen Partei festhalten möchte. Die demokratische Fraktion erklärte, daß sie an einer Erweiterung nicht interessiert ist, daß sie sich nach dem Reichstagsbeschlusse nicht an dem Kabinettswechsel beteiligen würde. In diesem letzten Sinne entschieden sich auch die Sozialdemokraten, die ferner in Bezug auf das Ermächtigungsgesetz infolge einer bestimmten politischen Einschätzung als für die Währungs- und Finanzpolitik besteht. Dagegen lehnen die Sozialdemokraten das Ermächtigungsgesetz ab, insofern es sich auf die wirtschaftlichen und sozialen Fragen bezieht. Außerdem halten sie daran fest, daß ihre Partei Mitglieder in dem Reichstag haben will.

### Auf des Messers Schneide

Der Reichstag ist schon seit den frühen Morgenstunden, voll besetzt, obwohl keine Plenarsitzung ist. In der Mittelabteilung ist kein Gehen und Stehen. Auf den Schreibtischen fände ein Feldherr die demnachstigen Weisungen für seinen Heer. Aus allen Fraktionsgruppen wird bei einer anderen Parteiführung immer wieder herübergehört und hat auf dem für kurze Unterredungen in flüchtiger Hast und mit starker Betonung des Wesentlichen mit Angehörigen benachbarter Fraktionen. Bis 7 Uhr abends erwartet Stresemann das Ergebnis.

### Die Krise der großen Koalition

Man kann am heutigen Vormittag noch nicht übersehen, wie die schwere innerpolitische Krise, unter der das Kabinettsministerium steht, ausfallen wird, denn man weiß nicht, wie sich die Sozialdemokratie zu den Verhandlungsversuchen stellen wird, die in der vergangenen Nacht im Schöße des Kabinetts, vor allem aber die Frage der Mehrproduktion und außerdem über das kaiserliche Problem festgehalten haben. Die Entscheidung über den Verlauf der nächsten Tage liegt augenblicklich bei der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, in der der Einfluß gemäßigter Koalitionserweiterer Stimmungen mit dem der linksgerichteten Elemente fast ständig wechselt. Die Fraktion wird hin- und hergeworfen: hier der Verweigerungsfähigkeit der Gewerkschaften über den neuen Tarifvertrag, der stark kommunistische Druck, die Lage in Sachsen und Thüringen, die die Durchfuhr von einem mit billigen Rohstoffen ausgerüsteten rein bürgerlichen Kabinetts, das auch die Wirtschaft der Bauern als einzig nationalwirtschaftlich wichtigste vertritt, die die Beibehaltung der Koalition bedingt, schließlich die Gefahr, die in der bevorstehenden Frage vielleicht gebracht werden, sie in der Arbeitsfrage zu bringen man aber nicht willens ist, weil sie nicht mehr und nicht weniger als die Übertragung der gesamten sozialistischen Erzeugnisse und damit das Ende des Sozialismus überhaupt bedeuten.

Weil dem so ist, muß man jetzt schon sagen, daß, wenn die Sozialdemokratie bloßmal noch an einer Verhandlung die Hand zeigt, von den bürgerlichen Parteien in der Frage der Produktionsvermehrung Anstellungen gemacht werden, die das Problem in Wahrheit nicht zur Lösung kommen lassen. Ob die Volkspartei zu einem so faulen Kompromiß wie den über den elastiischen Nachtstundentag die Hand reichen wird, muß abgewartet werden. Eher wäre nur, daß ein Fortbauer der bürgerlichen Vererbung bedeuten würde.

Eicht man also im Augenblick auch noch nicht, was die nächsten Stunden bringen werden, so kann man doch von allerlei Fortschritten sprechen. Die Erkenntnis, daß es mit dem Reichstag in Deutschland nicht geht, hat in allen bürgerlichen Parteien gewaltige Fortschritte gemacht, namentlich in der Deutschen Volkspartei. Auch wenn sie diesmal noch nicht ausreichen sollte, die große Koalition zu zertrümmern, wird sie doch, weil sie der wirtschaftlichen Lage entspricht, sich früher oder später politisch endgültig auswirken. Man wird fast annehmen dürfen, daß selbst Herr Dr. Stresemann nicht mehr sehr fern von der Möglichkeit überreicht ist, daß Deutschland mit der Sozialdemokratie zu retten sei.

Man sagt, daß ihm Lösungen vorschweben, die ebensogut den Kampf mit der Sozialdemokratie bedeuten würden, wie ein rein bürgerliches Kabinettsministerium oder wie eine Diktatur unter streng nationaler Führung. Es mag damit zusammenhängen, daß man heute kaum noch etwas von einer möglichen Beteiligung der Deutschnationalen an der Reichsregierung hört. Dafür ist die große Koalition aber doch noch nicht reif, obwohl die Unmöglichkeit des jetzigen Aufwandes eigentlich nur noch von den Demokraten und einem Teil des Zentrums bestritten wird. Man braucht hier nur an die Tatsache zu denken, daß es schon, weil man noch mehr Angst hat vor den Folgen der gegenwärtigen Entwicklung.

Die jetzige Krise hat nun aber deutlich gezeigt, daß die Gelegenheit in der Koalition in dem Maße wachsen müssen, wie die politische und wirtschaftliche Entwicklung in den nächsten Jahren. Es kann deshalb kein Zweifel unterliegen, daß ein sehr ablehnender Zeit auf irgendeine Weise in Deutschland doch herbeiführen wird, ob eine grundsätzliche Währungsänderung in Politik und Wirtschaft den Weg zur Rettung freimachen soll, auch gegen den Widerstand der Sozialdemokratie.

Ein faules Kompromiß über den elastiischen Nachtstundentag — das ist die Formel des Kabinettsministers für heute, es bedeutet nicht die notwendige Entscheidung. Den Dingen, wie sie kommen werden, weißt man an nicht, es aus, und das weiß, wo wir glauben sagen zu dürfen, heute auch Dr. Stresemann. Wenn also diesmal die Krise noch vorübergeht, so kann man annehmen, daß selbst eine Kabinettskrise auf kurze Zeit vertagt werden ist, wie die gegenwärtige.

**Dollar: amtl. 438 900 000**

Die Sonntagsrede Boinecars im Bois de Wally ist vielleicht die schärfste, die der französische Premier in seiner reberberigen Annsicht gegen Deutschland gehalten hat. Beim Durchlesen seiner Worte hat man das Gefühl, daß er nicht umhin zu lächeln muß. Nachdem die deutsche Regierung Boinecars' Wünschen auf Aufhebung des passiven Widerstandes in weitestem Maße entgegengekommen war, mußte der hohe französische Diplomat zu den widerlichsten Äußerungen greifen, wollte er die Ruhrbesetzung noch länger aufrecht erhalten.

Boinecars appelliert zuerst an die Völker; er würde die Forderungen Frankreichs solange vortragen, bis sie Gehör fänden. Boinecars jagt nicht, welche Forderungen Frankreich stellt. Das ist seine Absicht, denn wenn er fordert und wenn seine Wünsche erfüllt werden, stellt er neue Forderungen in nie endender Kette. Frankreich hätte mit den Willkür, die für die Besetzungstruppen nutzlos vergebend wurden, längst wieder aufgeben können. Doch schon hat sich Deutschland erhoben, Arbeiter und Material in jene Gegenden Frankreichs zu senden, wo einst der Weltkrieg getobt hat, um die Schmachtflecken einzuleben und den Bauern die Acker zurückzugeben, die er bestellen will. Das Frankreich Boinecars' will das gar nicht. Selbst gegen die Wünsche der einheimischen Bevölkerung müssen viele Gebiete in Schutz und Mitleid bleiben, damit man immer neue Forderungen an Deutschland stellen und die ehemaligen Kriegsgebiete kahlhügeligen Fremden zeigen kann, deren Mitleid man für das „arme Frankreich“ erwecken will.

Deutschland soll, wie Boinecars meint, jeden Tag neue Beweise seines Unverstandes geben. Dabei hat Deutschland den passiven Widerstand an der Ruhr eingestellt. „Recht behalten“ gibt zu, und diese Stimme wird Boinecars nicht als französisch anprechen können, daß die Industriellen des Ruhrgebiets in mehr als einer Richtung Dispositionen trafen, um die Kohlenlieferungen für Frankreich und Belgien wiederanzunehmen. Was kann Deutschland im Augenblick mehr tun?

Boinecars sagt, Deutschland hätte für die Ruhrbesetzung unendlich große Summen ausgezahlt. Es hätte in den letzten Monaten seine Einfuhren vermindert. Diese Gelder hat Deutschland aber doch nur aus dem Grunde nicht für Reparationszahlungen verwenden können, weil die Franzosen, wie von den englischen Kronjuristen in einunddreißig Bände festgelegt worden ist, in widerrechtlicher Weise das Ruhrgebiet besetzt haben. Wo sind die deutschen Willkürherrscher? Verweigert Herr Boinecars, daß ein sehr großer Teil dieser Summen in die Hände räuberischer Franzosen gefallen ist, die im Wettstreit mit Geldhändlerfraktionen die Treuherren in den deutschen Banken plündern und nicht einmal die Hände von Gold und Gut der friedlichen Volksbevölkerung nehmen. Dieses gestohlene Geld haben die Franzosen nachgehensweise in die Amsterdamer Börse geworfen, um den Kurs der deutschen Mark zu drücken und um Deutschland immer weiter ins Elend zu stoßen.

Die stärkste Behauptung, die sich Boinecars in seiner Rede leistet, finden wir in den Worten: „Wenn die deutsche Regierung ausruft, daß die belgischen und französischen Truppen die Ruhr, entgegen dem Recht und den Verträgen besetzt haben, wenn es uns vorwirft, die Bevölkerung unterdrückt zu haben, dann verdammt es in außerordentlich fähiger Weise die Rollen und schreit uns Taten zu, die auf Befehl des früheren Kabinetts seit acht Monaten gegen uns in den geltendgemachten Territorien ausgeübt wurden.“ Wenn will Boinecars diese Worte weiß machen? Auf was sollen sie wirken? Wo sind die bergewaltigen Franzosen, bei welchem Werke wurde die individuelle Freiheit abgeschafft, welches Volk hat Gewalttätigkeit verübt? Wo will selbst ein notorischer Lügner wie Boinecars folgendes für Deutschland beweisen?

Der durch die Aufhebung des passiven Widerstandes einzelne Kohlenlieferungen bedeutet Boinecars nichts. Er hat, ihm ist die Anstalt alles, was es ist dabei notwendig, einmal auf die neuesten französischen Verordnungen hinzuweisen. Wir greifen das Recht der Eisenbahn heraus, weil hier die französischen Forderungen bekannt sind und eine Deutung ermöglichen. Wir lassen selbst die Grenzpunkte besetzen und nur Katastrophen sollen sprechen. Die Franzosen wollen, daß die Deutschen die Eisenbahn wieder in Gang setzen. Unbereits bestimmen sie, daß nur solche













